Stellungnahme für die CDU-Fraktion – BA (27.06.13)/Rat (04.07.13)-
L.Geiser

Windenergieanlagen in der Gemeinde Nordkirchen

Ich kann mich an kein Thema erinnern, das uns über einen so langen Zeitraum von mehr als 10 Jahren immer wieder neu beschäftigt hat wie das Thema Windenergieanlagen, insbesondere unter den Gesichtspunkten: Verträglichkeit oder Unverträglichkeit für Mensch, Natur und Landschaftsbild angesichts der stetig wachsenden Größenordnung von inzwischen 180 m Höhen oder mehr.

Für die CDU hat dieses weitreichende Thema von Anfang an mit einer Güterabwägung zu tun, mit einer Gewichtung und Abwägung auf der einen Seite von der Bedeutung der Windenergie als eine von möglichen regenerativen Energien, und auf der anderen Seite von dem massiven Einwirken der über 150m hohen Anlagen auf die Menschen, Natur und unser heimatlich münsterländisches Landschaftsbild. Eines vorab: Die CDU-Fraktion Nordkirchen ist in vollem Konsens der politischen und parteiinternen Positionen für Windenergie:

An Stellen, wo sie Menschen-, Natur- und Landschaft verträglich hinpasst, wo sich dann auch mögliche Geldgeber beteiligen können, an einer konkreten Stelle in unserem Gemeindegebiet, wo schon längst hätte gebaut werden können, für die – oft vergessen – die nötigen Grundlagen zur Errichtung geschaffen sind.

In vielen Diskussionsrunden in der CDU-Fraktion stellen sich folgende Fragen: Welches ist das höhere Gut? Wofür fühlen wir uns letztlich als CDU mehr verpflichtet einzutreten? So hohe Windenergieanlagen haben unbestritten die größten prägenden Auswirkungen. Wie sehen am Ende die Ausmaße solcher Anlagen aus? Sind diese Auswirkungen zu verkraften? Sind sie verträglich und somit Umwelt wie Menschen in unserer Gemeinde zuzumuten, weil die erhofften Potentiale, die in ihnen stecken, höher zu bewerten sind? Sind sie somit als ein höheres Gut anzusehen oder nicht?

Wir meinen, aus allem, was wir auch heute wieder in die Waagschale werfen: Nein. Windenergieanlagen in einem Höhenkorridor von 150-180-200 m sind nicht das höherwertige Gut. Sondern es sind für uns die mittelbar und unmittelbar betroffenen Menschen und deren Lebensqualität. Es sind Natur und Umwelt und der Erhalt des so wertvollen Landschaftsbildes von Nordkirchen, Südkirchen und Capelle. 1

Wir können dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, der eine Ausweisung von neuen Konzentrationszonen im gesamten Gemeindegebiet oder schon ausgewählt ohne Höhenbegrenzung mit der Aufhebung des bestehenden Bebauungsplanes „Windvorranggebiet Beifang/Osterbauerschaft“ vorsieht, nicht zustimmen. Wir sehen keine Veranlassung, nachdem die auch mit unserer Zustimmung teilweise durchgeführten gutachterlichen Untersuchungen des Gemeindegebietes vorliegen, jetzt und heute einer neuen Beschlusslage zuzustimmen. Wir bekräftigen vielmehr den diesbezüglich zuletzt mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Bauausschusses vom 24. September 2009, der lautet:

Der Bauausschuss stellt fest, dass ein rechtsgültiger Bebauungsplan für ein Windvorranggebiet in der Gemeinde Nordkirchen besteht. Es gibt aus seiner Sicht für die Gemeinde Nordkirchen keine sachlichen Gründe, eine Änderung der Festsetzungen dieses Bebauungsplanes anzustreben.

Dies ist nach wie vor die Position der CDU, die wir zuvor schon am 10. März 2009 bei einer großen Bürgerversammlung in der Gaststätte Simonsmeier in Capelle kundgetan haben. Wir stehen zu unserem Wort im Unterschied zu anderen Parteien der Gruppe, die wohl aus gruppeninternen Gründen ihre Meinung geändert haben und jetzt nicht klar sagen, was sie eigentlich denken. Man flüchtet sich hinter Aussagen wie: "Wir können halt leider nicht anders, die neuen Gesetze sind so. Was wir damals beschlossen haben, könnte eventuell vor Gericht nicht Stand halten, insbesondere wegen Abwägungsfehlern und der Höhenbegrenzung auf 100m." - Wir meinen, es wäre treffender, wenn man statt „wir können nicht anders“ sagen würde wie die Grünen: Jawohl wir sind für 150, 180m und höhere Anlagen in unserer Gemeinde, dafür müssen wir jetzt die Beschlüsse fassen. Aber, das sagt man nicht.

Der Bürgermeister befürchtet, dass die Gemeinde mit einer Niederlage vor Gericht bei einer eventuellen Klage gegen den Bebauungsplan schlechte Karten hätte. Die Gemeinde könne dann nicht mehr steuern, Investoren von Windanlagen sei dann Tür und Tor geöffnet. Das hört sich gleichsam nach einem „Drohzenario“ an, wir teilen diese Auffassung nicht. Die Frage, wer Recht hat oder nicht, ist nicht zu beantworten bzw. auch von der Verwaltungsspitze und den Rechtsberatern nicht beantwortet worden.

Nach unserer Meinung ist es also nicht erwiesen, dass die Beschlussfassung zum bestehenden Windvorranggebiet in Capelle weder wegen der festgesetzten Höhenbegrenzung noch wegen etwaiger Abwägungsfehler unwirksam ist.

Wir haben seinerzeit bei der Aufstellung des Bebauungsplanes in zulässiger Weise von dem Planungsermessen im Sinne des Baugesetzbuch Gebrauch gemacht, wie viele andere Gemeinden auch, zumal die Begrenzung der Anlagenhöhe zwar nicht die profitabelste Möglichkeit ist, aber auch nicht grundsätzlich einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich macht. Nicht zuletzt hatten wir dabei auch Konsens bei den Bürgern, Nachbarn und Anwohnern, die die Ausgestaltung dieses Windvorranggebietes mittragen.

Die Tatsache, dass der neue Windenergieerlass jetzt und heute neue Vorgaben beinhaltet, die nicht mit unserer seinerzeitigen und derzeit gültigen Planung übereinstimmen, kann nach unserer Auffassung nicht heißen, dass die seinerzeitige Planung heute unwirksam ist. Denn der Beschluss befand sich vor 11 Jahren im Einklang mit der damals geltenden Sach- und Rechtslage für Windenergie im ländlichen Raum.

Für die Position der CDU stehen eine Menge weiterer Gesichtspunkte immer wieder auf dem Prüfstand der internen wie öffentlichen Diskussion über Windenergie: Ob gesundheitliche Risiken, Empfindungsstörungen oder Beeinträchtigung der Lebensqualität, ob Schattenwurf, Schäden in Natur und der Tierwelt bis hin zu negativen Auswirkungen bei Tourismus oder Zuzügen von Neubürgern. Andere führen ins Feld, dass bereits heute schon in Deutschland trotz Stilllegung von vielen Kernkraftwerken viel zu viel Strom produziert wird, der vom Stromzahler teuer subventioniert ist und zu Schleuderpreisen oder gar umsonst ins Ausland abgegeben werden muss. Zudem würden geeignete Leitungs- und Speichermöglichkeiten fehlen, um die Kapazitäten überhaupt aufzunehmen. Wieder andere in der Fraktion bemängeln deshalb ein fehlendes bundes- wie landesweit wirksames Konzept. Auch in unserer Gegend fehle gänzlich eine regionale Abstimmung. Es könne nicht sein, dass jede Kommune nur die eigenen Pläne schmiedet.

Die CDU ist zusammenfassend der Auffassung, dass ein rechtsgültiges Windvorranggebiet in der Gemeinde besteht. Wir sehen heute keine Notwendigkeit, dieses jetzt zu ändern. Wir sehen darin ein großes Stück Verlässlichkeit in Abwägung der aktuellen Daten, die für eine Sachinformation und Meinungsbildung sehr wichtig waren und sind. Das heißt auch Vertrauen in kommunale Politik insbesondere dann, wenn wir hier selbst entscheiden können.